

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Regenwassermanagement braucht kein Betonbecken, die Tempelhofer Freiheit keinen Wall

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

die erteilte Baugenehmigung für den Bau eines Regenwasserbeckens und eines Walls mit Rundweg auf dem Tempelhofer Feld zurückzunehmen.

Für das weitere Verfahren muss zunächst eine Änderung des Flächennutzungsplans vorgenommen werden, auf deren Basis die Aufstellung eines Bebauungsplans vorgenommen werden soll. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Fachverbände ist in diesem Rahmen zu gewährleisten. Das Verfahren soll dazu dienen, ein naturnahes Regenwassermanagement auf dem Tempelhofer Feld zu realisieren. Die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen alternativer Systeme des Regenwassermanagements sind darzulegen.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31.01.2014 zu berichten.

Begründung:

Die der Stiftung Grün Berlin erteilte Genehmigung für den Bau eines Regenwasserbeckens und eines Walls auf dem Tempelhofer Feld ist rechtswidrig und muss daher zurückgenommen werden. Die Rechtswidrigkeit ergibt sich bereits aus der unterlassenen Umweltverträglichkeitsprüfung. Weitere Zweifel an der Rechtmäßigkeit bestehen aber auch im Hinblick auf die fehlende Erlaubnis nach dem Wasserhaushaltsgesetz.

Die Pläne des Senats für den Bau eines 30.000 Quadratmeter große Betonbecken und eines bis zu 3,25m hohen und am Fuß bis zu 70 Meter breiten Walls können aber auch aus umwelt-, klima- und naturschutzpolitischen sowie stadtplanerischen Gründen nicht überzeugen. Dies ergibt sich aus Dokumenten, die erst im Laufe der vergangenen Woche an die Öffentlichkeit gelangt sind.

Anders als vom Senat behauptet können die stark verunreinigten Abwässer des Columbiadamm nicht in das Becken eingeleitet werden, so dass das defizitäre Rückhaltbecken nicht aufgegeben werden kann und mit weiteren Überläufen in den Landwehrkanal zu rechnen ist.

Die auch dem Senat bekannten Gutachten zeigen, dass das geplante Becken auch für einen positiven Effekt auf das Binnenklima zu klein ist. Aufgrund der stetigen Verdunstung ist in den Sommermonaten vielmehr damit zu rechnen, dass zusätzliches Grundwasser in das Becken geleitet werden muss, um ein Trockenfallen des Beckens zu verhindern. Aufgrund der Erfahrungen mit vergleichbaren Becken ist damit zu rechnen, dass es zu einer massiven Überdüngung und damit zu regelmäßiger Algenbildung kommt. Daher könnten bei alternativen Lösungen auch immense Unterhaltungskosten gespart werden.

Das geplante Becken ist nicht alternativlos. So würde eine von Expert/-innen vorgeschlagene naturnahe Versickerungsmulde nur einen Bruchteil der vom Senat veranschlagten Bau- und Unterhaltskosten verursachen. Bei dieser Lösung bestünde auch nicht die Notwendigkeit, den Erdaushub zu einem bis zu drei Meter hohen Wall aufzuschichten. Der Wall und der Rundweg mögen vom Flugzeug aus attraktiv aussehen, verbessern aber nicht die Wegebeziehungen auf dem Feld, sondern zerstören Brutgebiete der geschützten Vogelarten und wertvolle Biotope. Den vom Senat betonten Wunsch der Nutz/-innen des Feldes nach einer attraktiven Wasserfläche, würde mit naturnahen Wasserflächen eher entsprochen als mit einem gigantischen Betonbecken.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das geplante Becken weder notwendig noch sinnvoll für eine umwelt-, klima- und naturschutzfreundliche Regenwasserversickerung ist. Vor diesem Hintergrund ist es besonders problematisch, dass der Senat das betonierte Regenwasserbecken als Ausgleichsfläche für die Versiegung der Baufelder einplant.

Bei der zukünftigen Planung darf die Bauleitplanung nicht länger auf den Kopf gestellt werden. So ist zunächst der Flächennutzungsplan, der an der Stelle des geplanten Beckens noch Schulgebäude vorsieht, zu ändern. Sodann sind daraus Bebauungspläne zu entwickeln, auf deren Grundlage dann Baurecht zu schaffen ist. So wird auch die notwendige Bürgerbeteiligung endlich gewährleistet.

Eine dringliche Behandlung des Antrags ist erforderlich, um zu verhindern, dass die Stiftung Grün Berlin - wie bereits angekündigt – in den nächsten Tagen mit den Arbeiten beginnt und so zusätzliche Kosten verursacht werden.

Berlin, den 23. Oktober 2013

Pop Kapek Gebel Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN